Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachrichstr. 12 bis 14 und Völkergasse 1. Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 798.
Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403

Die Hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) und treffen in Halle und in den Orten mit eigenen Vertriebsstellen sowie bei Postbezug (ohne Zustellungsgebühr) monatlich Mk. 1,50, mit der Wochenbeilage „Die Welt im Bild" Mk. 1,80. — Anzeigenpreis: die einspaltige 34 mm breite Nonpareillezeile 50 Pfg., die 78 mm breite Reklamezeile Mk. 1,5. Bei Wiederholungen Rabatt mit festen Bedingungen. — Beilagen nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 1386

Nummer 101 — Halle, Mittwoch den 7. Mai 1919 — 31. Jahrgang

Die Hauptbedingungen des Friedensvertrages.

Elsaß-Lothringen an Frankreich, das Saarbecken 15 Jahre unter Völkerbunds-Verwaltung. — Danzig Freihafen, Abtretung der Kolonien, 100000 Mann Heeresstärke, Flottenbeschränkung. — Der Kaiser vor einen Gerichtshof gefordert. — 20 Milliarden Mark bare Kriegsentschädigung. — Ersatz der gesamten Kriegsschäden innerhalb 30 Jahren.

Die Friedensbedingungen nach der „Times".

h. Haag, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Holl. Nieuws Bureau meldet aus London: Die heutige Londoner „Times" veröffentlicht eine Zusammenstellung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen. Die wichtigsten Bedingungen sind:

Militärisch: Binnen zweier Monate nach Unterzeichnung des Vertrages müssen die deutschen Streitkräfte zu Lande auf höchstens 70000 Mann Infanterie und 30000 Mann Kavallerie reduziert sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 betragen. Nur freiwillige Dienstpflicht ist erlaubt. Auch die deutschen Befestigungen sollen auf das äußerste beschränkt werden. Alle Befestigungen 50 Meilen westlich des Rheins werden entwaffnet und geschleift werden.

Marine: Zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages dürfen die deutschen Streitkräfte keinerlei U-Boote mehr halten und dürfen nur noch bestehen aus 6 Schlachtschiffen, 6 leichten Kreuzern, 8 Torpedojägern, 12 Torpedobooten. Alle anderen Schiffe außer in Reserve gestellt oder in Kauffahrteischiffe umgebaut werden. Die gesamte Besatzung darf nur 15000 Mann betragen, darunter 1500 Offiziere und Deckoffiziere. Alle maritimen und militärischen Werke auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Kieler Kanal muß offen stehen für die Kauffahrteischiffe aller Staaten, die mit Deutschland im Frieden leben, auf Grund völliger Gleichheit.

Luftstreitkräfte: Bis zum 1. Oktober 1919 soll Deutschland als Minimum 100 Wasserflugzeuge behalten dürfen für das Aufsuchen von Seeminen. Nach diesem Datum darf es keinerlei militärische oder maritimen Luftstreitkräfte und keine Flugplätze innerhalb 150 Kilometer der deutschen Grenzen halten. Auch bestehende Flugterrains innerhalb dieser Zone müssen geschleift werden.

Kriegsverbrechen. Die Alliierten beschuldigen den früheren deutschen Kaiser öffentlich nicht eines Vergehens gegen die Strafgesetze, sondern der ernsten Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge. Es soll ein besonderer Gerichtshof errichtet werden, um über ihn Recht zu sprechen. Die Personen, die der Verletzung der Kriegsmacht beschuldigt werden sollen, vor den alliierten Kriegsrat gebracht werden.

Entschädigungen: Zu Abwartung der völligen Festlegung der Forderungen der Alliierten muß Deutschland 1000 Millionen Pfund Sterling bezahlen. Ferner muß Deutschland für alle Schäden Bürgschaft geben, die den Alliierten selbst oder deren Eigentum zugefügt wurden.

Territoriale Regelung: Elsaß-Lothringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, welches auch das Kohlenbecken des Saarlandes erhalten soll. Die Verwaltung des Saargebietes soll von einer Kommission von fünf Männern ausgeübt werden, welche der Völkerbund ernennt. Nach Ablauf von 15 Jahren soll die Bevölkerung entscheiden, ob sie durch den Völkerbund, durch Frankreich oder Deutschland regiert werden will. Wenn Deutschland gewählt wird, muß Deutschland von Frankreich die Kohlenminen zurückkaufen und zwar zu einem noch zu bestimmenden Preis. Belgien soll einen Durchgangsweg erhalten, der bis zu Danzig läuft. Danzig selbst soll zu einer freien Stadt gemacht werden. In Schleswig soll eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Deutsche Kolonien: Von Deutschland soll gefordert werden, daß es zugunsten des fünf alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Gebiete verzichtet, welches bezüglich seiner Ueberseebesitzungen hat. Die meisten dieser Besitzungen sollen kraft eines Mandates dem Völkerbund unterstellt werden, und zwar einer der großen Kolonialmächte.

Marokko: Deutschland verzichtet auf alle Rechte und Privilegien, die es durch den Vertrag von Algeciras und das deutsch-französische Abkommen von 1909 und 1911 besessen kann. Alle Abkommen zwischen Deutschland und dem Reiche des Khediven werden als ungültig erklärt.

Deutsche Kabel: 15 deutsche Kabel sollen zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte gestellt werden.

*

Dieser Auszug, der wie ausdrücklich bemerkt werden muß, nicht amtlich ist, entspricht in der meisten darin genannten Punkten dem, was die Ententepresse darüber veröffentlicht hat. Die insbesondere hinsichtlich der Beschränkung der deutschen Heer und die Marine in Zukunft unterworfen sein soll. Hinsichtlich der künftigen Grenzen scheint sich die Forderung nach einfacher Annexion Elsaß-Lothringens durch Frankreich und verschleierter Annexion des Saargebiets zu bestätigen. Ebenso ist die Forderung, daß Deutschland seine Kolonien auf den Altar des Völkerbundes niederlegen soll, sowie das Verlangen, den Kaiser vor einen besonderen Gerichtshof der Entente zu stellen, bereits bekannt. Deutscherseits ist schon erklärt worden, daß diese Forderungen weit über die durch den Begriff des Rechtsfriedens gezogenen Grenzen hinaussehen und daher nicht angenommen werden können. Was die Kriegsentschädigung anbetrifft, so überrascht die scheinbare Mäßigung. Die vorläufige Zahlung Deutschlands soll nur 20 Milliarden Mark betragen. Es waren bekanntlich noch vor wenigen Tagen in der Alliierten-Presse 100 Milliarden genannt worden. Aber der Schwerpunkt liegt natürlich auf dem Worte „vorläufig"; es muß abgewartet werden, wie hoch die verlangten Entschädigungen überhaupt bezifferte werden. Im übrigen aber fällt diese Auszug durch das auf, was nicht darin steht. Es ist insbesondere darauf hinzuweisen, daß das Schicksal des linken Rheinufers darin gar nicht erwähnt ist; von der Neutralisierung des linken Rheingebiets ist in diesem Auszug wenigstens nicht die Rede. Ebenso ist die zukünftige Gestaltung Polens nur ganz unbestimmt erwähnt, insbesondere ist von Oberschlesien nicht die Rede. Es bleibt abzuwarten, ob der ehemals morgen früh zu erwartende amtliche Auszug darüber ebenfalls nichts enthält, jedoch scheint die Pariser Presse, nach einer uns aus Versailles zugehenden Drahtmeldung dieses zu bestätigen. Die Meldung lautet:

Was im Friedensvertrage fehlt.

F. Versailles, 7. Mai. (Von unserem nach Paris entsandten Sonderberichterstatter.) Die Pariser Zeitung „La Patrie" drückt ihr Erstaunen über die Tatsache aus, daß eine Reihe sehr wichtiger Fragen im Vorfriedensvertrag nicht enthalten seien. Unter diesen Fragen befinden sich die Höhe der Entschädigungen an Frankreich, die Annexion des 1814 von den Deutschen gestohlenen Saargebietes, die Besitzergreifung der Straßburger Brückentöpfe durch Frankreich, die völlige Neutralisierung des linken Rheinufers, die Freiheit der Meere, die Aufhebung der Geheimverträge, der Verzicht auf die Monroe-Doktrin, Kontrolle der deutschen Luftschiffahrt, die Rüstungsbeschränkungen, die Aufhebung der schweizerischen Neutralität, die obligatorische Solidarität aller Nationen im Falle eines Angriffs, die Gleichstellung aller Rassen und Völker, endlich die wirkliche Bestrafung des Kaisers.

Die finanziellen Klauseln.

g. Paris 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie unser Pariser Berichterstatter aus amerikanischer Quelle erfährt, lauten die finanziellen Klauseln des Friedensvertrages wie folgt: Artikel 1: Die alliierten und assoziierten Regierungen bestätigen, daß die feindlichen Staaten die Verantwortung für alle Schäden und Verluste übernehmen, die durch den Krieg den alliierten und assoziierten Regierungen und deren Staatsangehörigen verursacht wurden, durch den Krieg, welcher infolge des Angriffs des Feindes aufgezwungen wurde. Artikel 2: Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die finanziellen Hilfsquellen der feindlichen Staaten nicht genügen, um die Verluste und alle Schäden in vollem Umfange wieder gutzumachen. Die alliierten und assoziierten Regierungen fordern nichtsdestoweniger von der deutschen Regierung das sie die Verpflichtung anerkennt, alle Schäden zu kompensieren, welche der Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Staaten an deren Gütern durch den Angriff zu Lande, zu Wasser und in der Luft verursacht wurden. Artikel 3: Die Höhe der Schaden, welche wieder gutgemacht werden müssen, wird durch eine interalliierte Kommission festgesetzt werden. Diese Kommission wird in einer Weise gebildet werden, die die alliierten und assoziierten Regierungen später festlegen werden. Die Kommission wird die Forderungen prüfen und den feindlichen Staaten Gelegenheit geben, angehört zu werden. Das Ergebnis der Arbeit der Kommission für die Festsetzung der Höhe der Schäden wird den feindlichen Staaten am 1. Mai 1921 oder vorher notifiziert werden und dieser Betrag wird den Umfang ihrer Verpflichtungen darstellen. Die Kommission wird zu gleicher Zeit eine Tabelle aufstellen über die Bezahlung der ganzen Schuld innerhalb einer Frist von 30 Jahren vom 1. Mai 1921 ab gerechnet. Im Falle, daß während dieser Zeit die feindlichen Staaten ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, wird die verbleibende noch zu zahlende Summe nach den 30 Jahren in einer Weise bezahlt werden müssen, welche die alliierten und assoziierten Regierungen bestimmen werden. Artikel 4: Die interalliierte Kommission wird periodisch die Hilfsquellen Deutschlands überprüfen, nachdem sie seinen Vertretern eine gerechte Gelegenheit angehört zu werden, gegeben haben wird sie die Vollmachten besitzen, Fritz zu gewähren die Zahlungsform zu ändern. Sie wird jedoch in keinem Falle eine Herabsetzung der Höhe der Schuld gewähren können, ausgenommen mit der ausdrücklichen Ermächtigung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen. Artikel 5: Um den alliierten und assoziierten Regierungen zu ermöglichen, unverzüglich zum Wiederaufbau ihrer Industrie und zur Wiederaufnahme ihres Wirtschaftslebens zu schreiten, wird Deutschland (entweder in Gold oder durch Rohstoffe, Schiffe oder Werte, die von der interalliierten Kommission bestimmt werden) in den Jahren 1919 und 1920 5 Milliarden Dollar bezahlen. Die Ausgaben für die Besatzungsarmeen, unmittelbar vom Waffenstillstand ab gerechnet, werden vor allem gezahlt werden müssen. Artikel 6. Die zur Erfüllung genannter Forderungen bestimmten und nacheinander erfolgenden Zahlungen sollen unter die alliierten und assoziierten Regierungen in einem Verhältnis verteilt werden, das zwischen ihnen im voraus oder auf Grund der allgemeinen Billigkeit und der Ansprüche jedes einzelnen festgelegt werden wird. Artikel 7. Die obenerwähnte Bezahlung schließt die Zurückerstattung derjenigen Objekte nicht aus, welche gestohlen, beschlagnahmt oder zerstört wurden. Sie umfaßt ebenfalls nicht die Zurückerstattung in natura der Tiere und Gegenstände, welche nach Deutschland weggeführt und deren Identität wird bewiesen werden können. 8. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die in Artikel 3, 4 und 5 aufgeführten Zurückerstattungen vorzunehmen. Artikel 9. Die deutsche Regierung anerkennt die Vollmacht der in Artikel 3 vorgesehenen Kommission und verpflichtet sich unwiderruflich sich den Beschlüssen dieser Kommission zu unterwerfen. Die deutsche Regierung wird der besagten Kommission alle Informationen zustellen, welche ihr mit bezug auf die finanzielle Lage des deutschen Staates und der Gemeindeverwaltungen erforderlich sind. Die deutsche Regierung wird den Mitgliedern dieser Kommission und ihren ermächtigten Agenten dieselben Rechte und die gleiche Immunität gewähren, welche die bei Deutschland akkreditierten Diplomaten und Agenten der befreundeten Mächte genießen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, für die Kosten und Ausgaben dieser Kommission wie des dazu nötigen Personals aufzukommen.

*

„Matin glaubt zu wissen, daß dieser Entwurf in seinen Grundlinien Veränderungen erfuhr, welche für Frankreich und seine Alliierten vorteilhaft sein sollen.

Verschärfungen und Milderungen.

h Haag, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.). Holl. Nieuws Bureau meldet aus Paris: Unter Vorsitz von Lord Robert Cecil hat der Oberste Wirtschaftsrat der Friedenskonferenz am 5. Mai seine 16. Sitzung im französischen Handelsamt abgehalten. Der Rat behandelte die Pläne für eine vollkommene wirtschaftliche Isolierung Deutschlands für den Fall, daß die deutschen Delegierten sich weigern sollten, den Präliminarfrieden zu unterzeichnen. Die Pläne enthalten nähere Bestimmungen für eine weit durchgeführte Blockade, welche auf Beschl der assoziierten Mächte sofort in Wirkung treten kann. Weiter wurde die Frage einer Aufhebung der finanziellen Beschränkungen, welche gegenwärtig über Deutschland verhängt sind, behandelt. Man beschloß folgende Milderungen, die während der Friedensunterhandlungen gelten werden: 1. Die finanzielle schwarze Liste wird vorläufig aufgehoben und die neutralen Länder erhalten volle Freiheit, Deutschland und den Deutschen Kredit jeder Art zu gewähren. 2. Deutschlands Guthaben, Barbeträge und Forderungen im neutralen Ausland sind sofort zur Einführung nach Deutschland verfügbar. 3. Das Erträgnis für deutsche Ausfuhren kann als Zahlung für alle Einfuhren dienen. 4. Die Finanzkommission erhält das Recht, die Ausführung von Gold und Wertpapieren von Deutschland zur Deckung von Einfuhren zu genehmigen, wenn dieses von den deutschen Behörden verlangt wird. 5. Diese Maßnahmen werden zur Kenntnis der Finanzkommission in Lavillette und der Kommission der neutralen Finanziers gebracht werden. Gleichzeitig wird die letztgenannte Kommission eingesetzt werden. Vorschläge für weitere Milderungen, welche sie für notwendig hält, zu übermitteln.

Später wurde die Frage des Schiffsverkehrs auf der Donau behandelt. Die Kontrolle über den Verkehr wird unter eine einzige behördliche Aufsicht gestellt werden. Ein Unterausschuß soll die Einzelheiten ausarbeiten, und alle Maßnahmen treffen, welche für beschleunigte Wiederaufnahme des Handelsverkehrs und für die Neuverproviantierung auf dem Donauwege erforderlich sind.

Die Veröffentlichung des Vertrages.

Drahtmeldung unseres nach Versailles entsandten F.-Sonderberichterstatters.

Versailles, 7. Mai.

Der Beschluß des Dreierrats, den Vertrag am Mittwoch zu überreichen, hat wie der „Intransigeant" schreibt, im Pariser Auswärtigen Amt starke Verwunderung erregt. Man sieht darin aus anderen Gründen die angeblich reaktionär: Hetzarbeit der Rechtsparteien in Deutschland als Ursache für diese Beschleunigung an. Nach Mitteilung des „Temps" wird die Veröffentlichung des Auszuges in Frankreich heute um 6 Uhr nachmittags erfolgen. Der Auszug hat voraussichtlich eine Länge von zwei Zeitungsseiten. Der gesamte Wortlaut des Vertragsentwurfes wird nach dem gleichen Bericht erst bei der Uebergabe an das Parlament allgemein bekannt gegeben werden. Auffällig ist, daß die Pariser Blätter mit Ausnahme des „Temps" keine Andeutung darüber gemacht haben, daß Deutschland auf eine Festsetzung des Tages der Uebergabe bestanden hat

Vor der Uebergabe des Friedensvertrags.

(Eigene Drahtmeldung unseres nach Versailles entsandten Sonderberichterstatters.)

F. Versailles, 6. Mai.

Aus den abends vorliegenden Pariser Berichten entnimmt man, daß die schwebenden Unstimmigkeiten mit Italien, Belgien, Polen und China momentan beiseite geschoben wurden, um dem vorgestern seitens ausgedrückten Wunsch unserer Delegation wegen beschleunigter Uebergabe des Vertrages nachzukommen. Die Verhandlungen mit den unzufriedenen Staaten sollen fortgesetzt werden, während die Deutschen den Friedensvertrag prüfen und Gegenvorschläge aufstellen. Daraus ergibt sich, daß sich während der uns bewilligten Prüfungsfrist im Lager der Alliierten wichtige diplomatische Vorgänge abspielen werden, deren Einfluß sich früher oder später auf den Gang der Friedensverhandlungen geltend machen kann. Ueber die morgige Sitzung wird mitgeteilt, daß sich Clémenceaus Eröffnungsrede präzise über den Willen der Alliierten aussprechen wird, die Verhandlung innerhalb kürzester Zeit zu beendigen. Eine Art Ultimatum wird aber nicht gestellt werden. Es bleibt gerüchtweise verlautet, daß Tardieu in der gestrigen Sitzung des Dreierrates diesen Standpunkt vertrat. Nach der Entgegnung Brockdorffs wird Generalsekretär Dutasta das Dokument den deutschen Delegationsführern übergeben. Ich höre, daß die Antwort Brockdorffs heute mittag fertiggestellt wurde. Die Stimmung unserer Delegierten-Führer ist trübe, ohne Resignation. Brockdorff fühlte sich nachmittags infolge angestrengter Arbeit leicht unwohl. — Das sozialistische Abendblatt „Populaire" schreibt: Bei der morgigen pomphaften Veranstaltung ist das Wesentliche, daß die Zeremonie die Illusion des Sieges erwecken soll. In Wirklichkeit sieht es traurig bei uns aus. Wir glauben nicht, daß der Friede Clémenceau von den Völkern als ein wahrer Völkerfriede angesehen werden wird.

Zeremoniell und Arbeitsplan.

Weiter berichtet ein bereits heute früh in unseren Hallischen Morgen-Zeitung veröffentlichtes Telegramm unseres Versailler F-Sonderberichterstatters über das Arrangement beim Uebergabeakt in Versailles sowie über den Arbeitsplan für die Verhandlungen wie folgt:

F. Versailles, 6. Mai.

Von einem Augenzeugen, der gestern den Besprechungen über das Arrangement des Saales beiwohnte, wo die Ueberreichung des Friedensdokuments an Mittwoch stattfinden, wird folgendes mitgeteilt: Wilson und Clémenceau gingen in ihren Ansichten wegen der Sitzordnung der alliierten Vertreter auseinander. Clémenceau wünschte, daß Foch neben Wilson Platz nehme und außerdem dem General Pétain ein Platz eingeräumt werde. Wilson hielt die Betonung des militärischen Charakters bei der Uebergabe des Vertrages für unzweckmäßig. Foch erhält einen Platz zwischen den englischen und französischen Delegierten. Wilson machte den Vorschlag, neben den amerikanischen Vertretern die Delegierten der kleinen Nationen unterzubringen. Nach Einziehung der Meinung Lloyd Georges auf telephonischem Wege kam die von Wilson gewünschte Reihenfolge nicht zustande, so daß die Vertreter der britischen Dominions neben den Amerikanern Platz nehmen werden, dann folgen die Japaner, Rumänen, Polen und Tschechen. Clémenceau hielt es für angebracht, die Belgier neben die Engländer zu setzen. Nach Rücksprache beim italienischen Botschafter ließ man dieses Vorhaben fallen. Die Italiener werden neben den Engländern ihre Plätze erhalten, dann folgen die Belgier. Diese Besprechungen wurden während der Besichtigung des Saales geführt und erledigt. Clémenceaus Wunsch, eine Büste der Pallas Athene aufstellen zu lassen, bleibt unerfüllt. Der Saal ist so einfach wie möglich gehalten. Einige prunkvolle Möbelstücke wurden entfernt. Die Dauer des Aktes ist auf 30 Minuten festgesetzt. Die deutschen Delegierten nehmen ihren Platz auf der neben dem Saaleingang liegenden Schmalseite der rechteckigen Tischreihe ein und haben rechts die tschechischen und rumänischen, links die serbischen Vertreter.

Keine Frist für die deutsche Antwort.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Die von einigen Blättern verbreitete Meldung, daß der deutschen Delegation nach Ueberreichung des Friedensvertrages nur eine vierzehntägige Frist zur Verfügung gestellt werden würde, trifft, wie uns amtlich mitgeteilt wird, nicht zu.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190507018/fragment/page=0001

Das Hotel des Reservoirs.

Von unserem Sonderberichterstatter.

F. Versailles, 3. Mai.

Gegenüber dem Bierbehause des großen französischen Sittenschilderers Jean Labruyère liegt das Hotel des Reservoirs. Es gehört zu jenen wenigen Bauwerken des 18. Jahrhunderts, die beinahe unverändert auf uns gelangt sind. Daher kommt es, daß die innere Einrichtung des Hotels kaum den heutigen Ansprüchen mehr entspricht, daß es nicht so eingerichtet worden kann, wie es in Anbetracht des großen Beamtenapparates recht wünschenswert wäre. Die ersten Tage brachten also zu Kette unerfreulicher und hinderlicher Organisierungsschwierigkeiten; man wird bis zur Eröffnung der Friedenskonferenz hierin eine Ordnung sein, als es — die glatte Abwicklung der Delegationstätigkeit betrifft, aber von einer gewissen Behaglichkeit dürfte keine Rede sein, es sei denn, daß man das Hotel von unten bis oben neu einrichtet, die Heizungsanlagen einbaut usw. Zweckdienliche Dinge, die voranzugehen hätten, unabänderlichen Dingen zum Gegenstand einer Beschwerde zu machen. Obwohl die Bewegungsfähigkeit infolge der geringen Ausdehnung des den Deutschen überlassenen Hotelraktes sehr eingeschränkt ist, wird man sich schließlich damit begnügen müssen, im großen Ehsaale gleichzeitig Beratungen abzuhalten, in den Salons ein richtiges Schreibmaschinenbureau einzurichten usw.

Das Ergebnis des Hotels ist ausschließlich die „Organisation" bestimmt, worunter man eigentlich den Verwaltungskörper zu verstehen hat, der die ordnende und zusammenfassende Arbeit der verschiedenen Delegationsgruppen erledigen soll. Der Telegraphenraum ist noch im Entstehen begriffen. Es wurde vermutet, daß die französischen Fachleute nicht genügend mit der Installierung der deutschen Siemens-Apparate vertraut wären. Die Einrichtung verzögert sich um einen Tag, aber nun scheinen diese Bedenken gewichen zu sein. Man wird von französischer Seite keine Schwierigkeiten bezüglich Aufstellung von vier Telegraphenapparaten machen.

Im Haupttrakt im ersten Stockwerk — Aussicht auf den Neptunbrunnen — wohnen die sechs Delegationsführer (Graf Brockdorff, Landsberg, Schücking, Melchior, Leinert, Giesberts). Für jeden sind zwei Zimmer bestimmt, doch dienen verschiedene davon für gemeinschaftliche Beratungen.

Soviel ist über die derzeitige Verwendung des Hotels zu sagen. Ununterbrochen sieht man Ordonnanzen, Autos, zwischendurch ertönen Kommandorufe. Vor dem Haupteingang ist eine Gesellschaft Pariser Photographen-Reporter auf der Lauer, um irgendein „nettes Bild" festzuhalten. Die Herrschaften stehen in Wind und Regen stundenlang, wenn sie vermuten, daß Graf Brockdorff sichtbar werden könnte.

Schöner als die Gegenwart ist die Vergangenheit des Hotels. Der Besitzer erwirkte beim Obersten Henry die Erlaubnis, mit mir darüber zu plaudern. Nachdem er mich daran erinnert hatte, daß vor vier Wochen König Albert von Belgien in denselben Räumen wohnte, die jetzt Graf Brockdorff inne hat, erzählte er mir folgendes: Das Hotel des Reservoirs wurde 1752 für die Marquise von Pompadour erbaut und diente nach deren Tode als Sitz des Gouverneurs von Versailles. 1793 wurde es vom Staate veräußert und 1800 als Gasthof eingerichtet. In diesem Hotel wohnten 1814 der König von Preußen, der Kaiser von Oesterreich und der Zar von Rußland, 1815 Blücher und Wellington. Ein Anbau des Hotels des Reservoirs, in dem heute die Vertreter der deutschen Delegation untergebracht sind, stammt aus dem Jahre 1780 und war ursprünglich als Aufbewahrungsort für Mobilien, Musikinstrumente, Gardinen usw. bestimmt. Seit 1814 diente es als Sitz der Präfektur und ab 1866 als Hotel. Wie bekannt, war das Hotel bei den Friedensverhandlungen im Jahre 1871 Sitz der preußischen Regierung.

Der Besitzer des Hotels ist auf sein berühmtes Hotel stolz und im übrigen ein recht angenehmer Mann, der nur von „Erpressungen" spricht, wenn er von der deutschen Delegation mit Namen nennt. Man liebt es nach wie vor in Frankreich, die Tributlerungen mit einer traditionellen Hochachtung auszusprechen.

Französische Propagandataktik.

Es dürfte im deutschen Publikum nicht bekannt sein, daß Marschall Foch nach wie vor als oberste Instanz in allen technischen Angelegenheiten anzusehen ist, die sich auf die Ausübung des drahtlichen und telephonischen Nachrichtendienstes von Versailles aus nach Deutschland beziehen. Auch die Frage, bis zu welchem Grade den Vertretern der deutschen Presse Bewegungsmöglichkeit geboten werden kann, gelangt durch den Marschall zur Bestimmung. Ergänzend ist es, daß Foch als höchste französische Militärperson eine bedeutende politische Machtstellung ausübt; er verfügt nämlich über alle Mittel, auf den Gang der Ereignisse, er vermag es, ohne daß sich etwas dagegen tun läßt, die Leitung (durch eine Reihe kaum zu ermittender Sabotagemittel) „stören" zu lassen. Einen effektiven Beweis hierfür gibt die Misere mit dem Telegraph und die daraus entstandene Unmöglichkeit, auf schnellstem Wege die wichtigen Vorgänge in Versailles dem deutschen Leser zur Kenntnis zu bringen. Wie erwähnt, spielt Marschall Foch eine politische Rolle in dieser Angelegenheit. Es handelt sich um Blockierung der deutschen Journalisten, um möglichste Verringerung des aus dem Ersatz der deutschen Pressevertreter kommenden Nachrichtenmaterials. Die alliierten Pressestimmen werden dagegen durchdringen und über das neutrale Ausland die propagandistische Kraft entfalten, die nun durch das Erscheinen der deutschen Journalisten in Versailles erheblich gefährdet zu sein scheint.

Noch verhielt sich in der Frage, auf welche Art und Weise die drahtliche Nachrichtenübermittelung von Versailles nach Deutschland geschieht werden könnte, vollkommen unbefriedigend. Mit dem Telegraphen rechnet man hier zwei Wagen ein, die ein erstklassiges vollständiges Telegraph-Material enthalten. Darunter befinden sich zwei Siemens-Apparate von höchster Leistungsfähigkeit. Trotz der Bemühungen, die von leitenden Delegationsmitgliedern gemacht wurden, um die Aufstellung der Siemens-Apparate durchzusetzen, verharrte Foch auf seinem unabänderlichen Standpunkt. Er verlangte, daß nur zwei französische, abgebrauchte und veraltete Hughes-Apparate zu benutzen hätten. Zudem stellte er uns sogenannte Fachleute zur Verfügung, die es zustande bringen, alle fünf Stunden oder noch früher eine „Störung" zu konstruieren. Die von uns angelegte Leitung befindet sich unaufhörlich in Reparatur. Daß Marschall Foch scheint das nicht unangenehm zu sein. Dagegen werden wir die auf einem in der letzten Note Clémenceaus zugestandenen Recht bestehen, als selbstverständlich bezeichnet. Nebst der von Foch erkannten Notwendigkeit den deutschen Pressevertretern möglichst der Mund zu stopfen, ist von Wichtigkeit das selbstverständliche, daß Abhören der Drahtungen durch die Franzosen geschehen werden muß. Bei den uns gegebenen Hughes-Apparaten ist das Abhören leicht, die Siemens-Apparate würden es den Franzosen bedeutend schwerer machen . . .

Den französischen und englischen Blättern läßt sich entnehmen, daß die Ententepropaganda mit aller Schärfe gegen die deutschen Journalisten auftritt. Nachdem sie sich damit beschäftigte, die Engländer zu einer Art Ein- und Abberufung der deutschen Pressevertreter zu veranlassen — was bisher nicht geschehen ist — rückt sie heute mit dem frommen Wunsche heraus, daß die deutsche Presse während der Friedensverhandlungen in Trianonhotel nicht anwesend sein dürfe. Es wird gegen die Herstellung eines Schreibzimmers im Hotel des Reservoirs, das für deutschen Journalisten bestimmt ist, Sturm gelaufen. Selbst mit der Frage, ob die deutsche Presse der Unterzeichnung des Vertrages in der Versailler Spiegelgalerie werde beiwohnen dürfen, beschäftigt man sich. Kein Mittel ist schimm und verwerflich genug, um einem der deutschen Delegierten etwas anzuhängen. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß Marschall Foch seine Taktik — nach Besprechung mit den französischen Delegierten — ändern werde, aber bisher sind diesbezüglich keine günstigen Anzeichen zu beobachten. Die französischen Wettermacher halten das Heft noch fest in Händen . . .

In den Delegationen.

P. Versailles, 5. Mai.

Nach dreitägiger Arbeit ist in das Räderwerk der deutschen Friedensdelegation Ordnung und Präzision gekommen. Man leidet wohl unter Raummangel, wünscht sich eine Vergrößerung der Büreauräume, aber bei dem in allen Abteilungen herrschenden Arbeitswillen werden manche Hindernisse auf dem Wege organisierter Kompromisse beseitigt. So kommt es, daß bis spät in die Nacht Schreibmaschinen klappern. Das zu bewältigende Material ist außerordentlich groß. Es mußte ein geheimer Wächter- und Telephondienst angelegt werden, nicht allein in jedem der drei Hotels — Hotel des Reservoirs, Hotel Astel, Hotel Suisse —, sondern auch zwischen den Hotels. Das brachte unangenehme Erlebnisse, denn die französischen Aufsichtspersonen benahmen sich sehr „höflich" und die deutschen Frauen saßen sich in ihrer Arbeit auf alle mögliche Weise behindert. Nun sieht wenigstens der Telephondienst fertig da, wenn auch noch einige andere Erleichterungen fehlen. Man bedauert z. B. noch immer den großen Schwierigkeiten, um sich in der Stadt etwas zu besorgen. Die Genehmigung dauert gewöhnlich neun, oft zehn Tage. Mit der Aufstellung eines Stafettenganges, der die Deutschen zwingt, auf dem Fahrdamme zu gehen, hat man wohl den Franzosen eine Art Sensation verschafft, aber die Berichterstattung der Delegationen wird dadurch nicht beschleunigt. Die im Ergebnisse des Hotels des Reservoirs untergebrachten Abteilungen sind vermehrt worden. Es befinden sich hier: das Verkehrsbureau, in dem alle Auskünfte über Wohnungsfragen, über Versorgung, ärztliche Hilfe, Beschaffung von Gebrauchsgegenständen erteilt werden; das Telegraphenamt, dessen Leiter Direktor Walter ist; die Kurierstelle, deren Obliegenheiten die Sicherung und Abfertigung des täglichen Kurierdienstes ist. Das Sekretariat bildet die Zentral- und Durchgangsstelle für alle Sektionen. Es beschäftigt fünfzehn Beamte.

Die Arbeit geht flott vonstatten, nachdem die Raumfrage durch einige energische Maßnahmen erledigt wurde. Am ersten Stockwerke werden täglich Delegationssitzungen in kleinerem und größerem Kreise abgehalten. Wie mir Professor Schücking heute sagte, stehen gegenwärtig Rechtsfragen im Vordergrund. Auch Mitglieder der Finanzdelegation nehmen an diesen streng vertraulichen Besprechungen, die ausschließlich als Gedankenaustausch angesehen werden können, teil. Die territorialen Fragen — wozu auch die deutsch-österreichische gehört — gelangen erst nach Kommissionahme des Friedensvertrages zur Diskussion.

Im Hotel Astel ist die Organisation des Presse dienstes wohl nicht endgültig, aber, nach Maßgabe der Umstände, in beriedigender Weise durchgeführt worden. Nebst den Pressevertretern befindet sich in diesem Hotel auch die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts und Abgabestelle für Telegramme. Das Hotel Suisse beherbergt das hilfstechnische Personal der Delegationen. Es scheint, daß den amerikanischen Journalisten ihr besonderes Augenwerk auf die Organisierung der Friedensdelegation, seit Ankunft der Deutschen in Versailles, richteten. Im „New York Herald" wird von einer „glänzenden Organisationsgabe der Deutschen" gesprochen. Den Amerikanern, die sich Zutritt in den Hof des Hotels des Reservoirs erzwirkten, bot sich schon dieselbe ein völlig harmonisches Bild. Kisten und Kasten, die dort standen, sind beseitigt. Ein geschäftiges Kommen und Gehen zeigt den Beobachtern, daß die Delegation in allen ihren Teilen betriebsfähig geworden ist. Unklug sind bloß die in der Einfahrt herumstehenden Autos falschen Systems und Offiziere, die nichts besseres zu tun haben, als sich die Deutschen mit unverminderter Neugier anzusehen.

Die österreichische Friedensdelegation.

k. Wien, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Neue Freie Presse" meldet, werden für die nach St. Germain eingeladene deutsch-österreichische Abordnung bereits eine Reihe von Namen genannt. An der Spitze der Delegation soll der frühere Justizminister Franz Klein stehen, ein warmer Anhänger des Anschlusses an Deutschland. Auch der stellvertretende Landshauptmann von Böhmen, Seeliger, wird genannt. (Dieser ist gleichfalls für den Anschluß.) Die Delegation wird von Fachleuten und Pressevertretern begleitet sein und dürfte noch in dieser Woche ihre Reise antreten.

Die Lockspeise der Entente.

p. Wien, 7. Mai (Eigene Drahtmeldung.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Entente im Falle einer Neuorientierung (!) der deutschösterreichischen Politik in der Anschlußfrage bereit sein, große Konzessionen zu machen. Man könne mit der Möglichkeit rechnen, daß Südtirol bei einem unabhängigen Oesterreich verbleiben und den Deutschen in Böhmen nationale Autonomie gewährt werde.

Die deutschen Gefangenen in Frankreich.

(W. T. B.) Versailles, 6. Mai. Nach „L'Information" scheint die Entente die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen von der Rückgabe der von den Deutschen in Nordfrankreich und Belgien requirierten Maschinen, sowie vom Ersatz des requirierten Viehs abhängig zu machen. Das bedeutet also, daß die Gefangenen in Gruppen entlassen und zum Gegenstand eines unwürdigen Handels gemacht werden sollen.

Aus dem Friedensausschuß.

Die Vorgänge in Libau. — Waffenruhe mit Rußland. — Ein Reichskommissar für die Hebung der Ausfuhr.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

B. Berlin, 6. Mai.

In der heutigen Sitzung des Friedensausschusses teilte der Eintritt in die Tagesordnung Präsident Fehrenbach mit, daß vorläufig ein Grund zur Einberufung des Plenums der Nationalversammlung nicht gegeben sei.

Reichsminister Erzberger teilte dann mit, daß General von der Goltz zur Berichterstattung über die Vorgänge in Libau auf dem Wege nach Berlin sei. Der Abgeordnete Schiffer bedauerte, daß es in den letzten Monaten nicht möglich gewesen sei, mit der russischen Sowjetregierung zum Waffenstillstand zu kommen. Abg. Haase regte an, die Werbung für die Truppen in Lettland einzustellen, da nicht anzunehmen sei, daß die baltischen Bevölkerungen einer Landzuteilung sich erfüllen lassen werden. Auch die Unabhängigen seien dafür, daß die Reichsgrenzen geschützt würden, aber der Grenzschutz müsse an der Grenze stattfinden. Reichsminister Erzberger stimmte mit den Vorgängern darin überein, daß das Heer keine Politik treiben dürfe. Das Kabinett habe auch beschlossen, Werbeinserate für die baltische Landwehr nicht mehr zu gestatten. Minister Erzberger betonte weiter darauf, daß er wegen Waffenruhe mit Rußland eingetreten sei. Das Kabinett teile diesen Standpunkt; die erforderlichen Schritte würden unternommen werden. Auch der Kolonialminister Bell befürwortete jede Verbindungen mit Rußland. Freilich bestanden große Unsicherheiten über die voraussichtliche Dauer der Sowjetregierung. Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Langwerth von Simmern wies darauf hin, daß wir in Libau eine klare und offene Politik führen und keine besonderen Interessen förderten. Das Auswärtige Amt habe die Vorgänge in Libau durchaus bedauert.

Zum Schluß machte Reichsfinanzminister Dr. Hirsch Mitteilung über Maßnahmen, die das Kabinett zur Sicherung der Einfuhr auswärtiger Lebensmittel beschlossen hat. Bisher hätten wir die Lebensmittel, die das Brüsseler Abkommen uns zuwies, an der Hauptstadt nicht voll bezahlen müssen, wodurch die Bestände der Reichsbank zu sehr zusammengeschmolzen seien. Die Erfassung der ausländischen Wertpapiere habe durch den Streit der Bankbeamten eine bedauerliche Verzögerung erfahren, wie denn auch unser Kredit im Ausland schwer geschädigt worden sei. Alles in allem müßten wir besonders Wert darauf legen, die Lebensmittel mit Waren zu bezahlen. Die Fesseln des Ausfuhrhandels müßten gelockert werden. Das sei nur durch eine einheitliche Zentralleitung möglich. Das Kabinett habe deshalb beschlossen, einen Reichskommissar zur Beschaffung der erwünschten Zahlungsmittel zu ernennen. Zugleich solle ein Gremium von drei Kabinettsmitgliedern gebildet werden, dem unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers der Reichsernährungsminister und der Schatzminister angehören. Dieses Gremium solle mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet und in der Lage sein, alle auftretenden Widerstände durch einfachen Beschluß zu brechen. Deutschland habe noch genug Waren zur Ausfuhr. Die Reichsregierung habe Maßnahmen ergriffen, um diese Waren zu erfassen.

Nächste Sitzung Mittwoch 5 Uhr.

Das Preußenparlament.

Am Dienstag nahm die preußische Nationalversammlung ihre Arbeiten wieder auf, um zunächst die harte Aufgabe der Etatsaufstellung zu bewältigen. Die Aufgabe ist hart, weil die Finanzlage in ihrer Trübseligkeit der des Reiches entspricht: mit einer Schuldenlast von 19 Milliarden geht Preußen der Zukunft entgegen. Bevor man sich diesen trüben Dingen zuwendete, sprach Abg. Graf von Posadowsky-Wehner (Dn.) zur Trauer versetzten 1. Vizepräsidenten Porsch sein Beileid aus und betraute den Abg. v. Kries (Dn.) mit der neugeschaffenen dritten Vizepräsidentenstelle.

Erster Redner zum Etat war Abg. v. d. Osten (Dn.). Er fordert Modernisierung des Staatswesens in allen Teilen: weitze freie Bahn den Tüchtigen, d. h. Förderung von Leuten, die wirklich das gelernt haben, mit dem sie sich beschäftigen sollen. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Ein Kaufmann, der Landrat geworden ist, und nichts davon versteht, solche Forderungen sollten unmöglich sein. (Widerspruch b. d. Unabh. und Lebh. Sehr richtig! rechts.) Redner nannte dann den Namen eines Landrats und gab mehrere Kuriosa aus seiner Verwaltung zum besten. Nur die ehrliche Mitarbeit aller Kreise kann uns helfen. „Es ist nicht vernünftig", sagte er, sich zu den Unabhängigen wendend, „Tausende und Zehntausende zu verhetzen und zum Morde zu treiben, wie es in München kürzlich wieder geschehen ist." (Lebhafter Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien. Widerspruch bei den Unabhängigen.) Der preußische Offizierstand hat es nicht an sich fehlen lassen, das hat der Kriegsminister nachgewiesen. Unzeitige Milde Verbrechern gegenüber ist Verbrechen am Volke. (Lebh. Sehr richtig! b. d. bürgerlichen Part.) Als Herr v. d. Osten, zur Linken gewendet, ausruft: „Wir wollen uns besser verstehen lernen", zwischen

Adolf Hoffmann: „Na ja, man merkt's, die Sonne früher gestatt"

v. d. Osten: „Ich habe niemals einen Herrenstandpunkt eingenommen."

Adolf Hoffmann: „Na ja, man merk's, die Sonne kommt von oben." (Heiterkeit.)

Abg. Heilbrunn (d. Dem.) trat dem deutschnationalen Redner in vielen Punkten bei, nur in einem nicht: Die Konservativen, die darin die Möglichkeit sehen, ihren alten Traum von der berufsständischen Verfassung zu verwirklichen, seien offensichtlich willens, sich mit dem Rätegedanken zu befreunden. Die demokratische Fraktion wolle davon nichts mitmachen. Nach Herrn Heilbrunn ist das Rätesystem nichts anderes als das umackerte Herrenhaus, und er wies zugleich auf ein sehr wichtiges, dikkang, so viel wir sehen können, noch gar nicht betontes Moment hin. Wir müssen, wenn wir das zerrüttete Land und seine zerstörte Wirtschaft wiederaufbauen wollen, so schnell als möglich zu einer Verbindung mit der internationalen Arbeit kommen. Wenn wir uns aber durch Theorien, die dem Auslande fremd sind, von der Welt abschließen, kommen wir zu solcher gemeinsamen Arbeit nie.

Die Erörterung soll heute zu früher Mittagsstunde fortgesetzt werden.

Beendete Streiks.

Der Streik in Oberschlesien ist beigelegt. Das energische Eingreifen des Staatskommissars für Oberschlesien hat hierzu wesentlich beigetragen. Auch der Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M., dem Vorläufer gegen den Frankfurter Blätter nicht erscheinen konnten, ist beendet.

Kurze Nachrichten.

Das Gesetz über Aufhebung der geistlichen Orden und ihre Niederlassungen ist in der Landesversammlung angegangen. Das Gesetz tritt nicht sofort, sondern erst am 1. Oktober 1919 in Kraft. — Die Landesversammlung der badischen A.- und S.-Räte lehnte nahezu einstimmig das Rätesystem ab. — In Jena beschloß der Aktionsausschuß der drei sozialistischen Gruppen, zum Zwecke der Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokraten sämtliche deutschen A.- und S.-Räte nach Weimar einzuladen. — Bei der Einnahme von Wilna durch die Polen wurde der frühere Gesandte der Sowjetregierung in Berlin, Joffe, getötet. — Nach einer Havasmeldung sollen alliierte Truppen in Budapest eingetroffen sein. Die Friedenskonferenz soll die Beteiligung Ungarns beschlossen, auch die Ungarn für den 15. Mai nach Paris einzuladen. — Havas meldet vom 5. Mai: Heute morgen um 10 Uhr wurde der erste Spatenstich zur Schleifung der Befestigungen von Paris getan.

Die hallischen Plünderer vor Gericht.

(Schwurgericht vom 6. Mai.)

In der Schwurgerichtssitzung am 6. Mai unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Schimmelpfennig wurden als Geschworene ausgelost die Herren Kaufmann Rich. Schmidt-Bahna, Generalagent Fr. Gelbke-Halle, Steuerinspektor Georg Schwantje-Halle, Kaufmann Otto Walther-Bauchstedt, Chefredakteur Konrad Pohl-Halle, Gutsbesitzer Alb. Oemisch-Radegast, Bergwerksdirektor Ludwig Albrecht-Halle (Ohmann), Privatmann Andreas Bauer-Delitzsch, Fabrikbesitzer Alois Fox-Bitterfeld, Kaufmann Karl Wagner-Eisleben-mansfeld, Direktor Paul Elsperich-Halle, Kaufmann Karl Säuberlich-Mittelelbau. Die Anklagebehörde vertritt Herr Staatsanwalt Ulrich, die Verteidigung lag in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Odler (für Hammer und Schulze) und Dr. Kaßler (für Kümpfel).

Angeklagt waren der Arbeiter Kurt Hammer und die Ehefrauen Lina Schulze und Anna Kümpfel, sämtlich wegen schweren Landfriedensbruches.

Die Geschworenen sprachen die Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände des schweren Landfriedensbruchs schuldig, worauf Hammer und Frau K. zu je 2 Jahren, Frau Sch. zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden; außerdem wurde auf je 5 Jahre Ehrenrechtsverlust erkannt und dem K. zwei Monate, der Sch. und der F. je 3 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Die Geschworenen haben einstimmig beschlossen, zugunsten der beiden Frauen ein Gnadengesuch einzureichen.

Kunst und Wissenschaft.

* Lieder- und Duetten-Abend von Margarete Dorn und Emil Fischer. Die beiden Künstler, welche jetzt in glänzender Stellung am Altenburger Landestheater wirken, sehen hier in ihrer guten Andenken. Kein Wunder also, daß sich eine äußerst stattliche Zuhörerschaft eingefunden hatte und daß es an lebhaftem Beifall sowie an mancherlei Anerkennungen nicht fehlte. In der Vortragsfolge fand sich insofern ein Mißstand, als sie nicht klug aus, weshalb der langen Reihe von Liedern und Duetten eine gewisse Buntheit anhaftete. Desto erfreulicher fiel die künstlerische Ausführung aus. Frau Dorp besitzt vor wie nach mit dem reizvollen Klang ihres Soprans, mit ihrer wunderbar leichten Tonführung und vollendeten Tondildung. In Liedern von Brahms, Schubert, Weingartner u. a. kam ihre warme Empfindung und ihre ausgezeichnete Vortragsbegabung voll zur Geltung. Emil Fischer sang Cornelius, Wolf, Kaun, Fürst und wußte zu überzeugen, daß er an seiner gesanglichen Technik unablässig weiter gearbeitet hat. Das Organ erstrahlte in allen Lagen in vollem Glanze und gab speziell in der Höhe gegen früher mehr Fülle und Kraft. Der Vortrag hatte sich der Künstler mit feinsinniger Nüancen überlegt und im Ausdruck traf er stets das Richtige. Von den Zugabegesängen gefiel das Duett aus Pergolesis „La serva padrona", nicht zum wenigsten durch das gelungene Mienenspiel des Herrn Fischer, so fehr, daß eine Wiederholung gewünscht wurde. Die beiden Stimmen passten sich ausgezeichnet einander an, und pianistische Alfred Schinck erwies sich als ein zuverlässiger Begleiter, doch hätte er in klanglichem Interesse weniger das zweite Pedal benutzen können.

Paul Klaner.

* Stadttheater. Den Stammkarten-Inhabern wird mitgeteilt, daß heute die letzte (35.) Aufführung für Mittwoch-Stammkarten stattfindet, während die Karten für Dienstag, Donnerstag und Freitag noch nächste Woche gelten. Die Dauerkarten gelten bis einschließlich Donnerstag, den 15. d. M.

* Studium der Landwirtschaft an der Universität Halle. Durch den Tod des Geh. Reg.-Rats Prof. Dr. Wohltmann erleiden die Vorlesungen und Uebungen am Landwirtschaftlichen Institut keine Unterbrechung, da die von dem Verstorbenen angekündigten Vorlesungen und Uebungen durch die Professoren Fröhlich, Holdefleiß und Bode vertretungsweise abgehalten werden. Beginn der Vorlesungen am 8. Mai. Die einstweilige Leitung des Instituts ist dem Professor für Tierzuchtlehre Dr. G. Fröhlich übertragen worden.

* Die Universitätskurse an der Universität Halle beginnen heute abend. Professor Fester spricht über die „Internationale."

Telegramme — Letzte Nachrichten

Der amtliche Text des Friedensvertrages.

B. Berlin, 7. Mai. Der Kurier, der den Text des Friedensvertrages nach Berlin bringen wird, verläßt Versailles heute abend um 9 Uhr, trifft also frühestens Freitag vormittag hier ein. Die Uebersetzung des Vertrages wird voraussichtlich Sonntag fertig sein und Montag in Druck gehen, so daß vor Anfang der nächsten Woche ein Belanntwerden des Friedensvertrages nicht zu erwarten ist. Doch steht überhaupt noch dahin, ob eine Bekanntgabe des ganzen Textes erfolgen wird.

Mai-Debatte in der französischen Kammer.

ep. Genf, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Europa-Preß meldet: In der Sitzung der französischen Kammer vom Dienstag, in der die Interpellation Cachins über die Unruhen am 1. Mai beraten wurden, liegt das jetzt nur ein Havasbericht vor, der nichts über die Reden der sozialistischen Interpellanten bringt. In Vertretung des Ministerpräsidenten sprach für die Regierung der Minister des Innern Pams. Die Sozialisten verließen bei Beginn der Rede, als Zeichen des Protestes, den Saal und bestätigten sich nicht an der Abstimmung über die Tagesordnung. Pams erklärte, daß, da Kundgebungen nach der Freisprechung des Mörders vom Jaures, auch jetzt nötig gewesen sei, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen. Es seien auch viel ausländische Elemente gewesen. Die Ereignisse am 1. Mai seien bedauerlich. Die Kammer nahm hierauf mit 356 gegen 1 Stimme eine Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausspricht

Kein Waffenstillstand zwischen Ungarn und Rumänien.

ep. Wien, 7. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die ungarische Räteregierung hatte den Kommandanten der rumänischen Truppen um Bewilligung eines Waffenstillstandes ersucht. Die rumänischen Truppen stehen jetzt 50 Kilometer vor Budapest. Sofortige Abrüstung, Abgabe aller Waffen, Maschinengewehre, Geschütze und Munition, Auslieferung von 1800 Lokomotiven usw. Diese Bedingungen wurden von Ungarn abgelehnt.

(W. T. B.) Budapest, 6. Mai. (Ung. Bureau.) Im Süden zwischen Tapau und Theiß ist die Lage unverändert. Im Folgenden: Die Verteidigungsabschnitt mußte am 4. Mai der linke Flügel infolge starken feindlichen Drucks sich zurückziehen. Die Tschechen setzen dort seit vier Tagen fruchtlose Angriffe aus.

Der Aufmarsch der Budapester Arbeiter-Bataillone in das bedrohte Gelände ist mit voller Kraft im Zuge.

Keine Geiseln-Liste in Leipzig.

(W. T. B.) Leipzig, 7. Mai. Die Parteileitung der U. S. P. Leipzig erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Parteileitung der U. S. P. einschließlich der Bezirksvertreter der Partei — denn andere Bezirksvertreter gibt es in der Leipziger Arbeiterbewegung nicht — erklärt auch die neue Behauptung der „Leipzig. Neuesten Nachrichten", daß die Bezirksvertreter der U. S. P. eine Liste von Geiseln aufgestellt haben, für unwahr und bezichtigt die „Leipziger N. N." und ihre anonymen Hintermänner der Verleumdung.

Stimmungsmache in Schleswig.

B. Berlin, 7. Mai. Nach einer Mitteilung des „Pans" ist von Mittelschleswig eine Denkschrift mit 90 Unterschriften, die den Anschluß an Dänemark erstrebt, in Paris eingetroffen. Es ist zweifellos, daß das Zustandekommen dieser Schrift auf großdänische Propaganda zurückzuführen ist, da Mittelschleswig im überwiegenden Teile seiner Bevölkerung durchaus deutsch ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190507018/fragment/page=0002

Der Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg.

S. u. H. Berlin, 7. Mai.

Im großen Schwurgerichtssaale des Landgerichts I beginnen am morgigen Donnerstag die allseitig mit Spannung erwarteten Verhandlungen in dem großen Mordprozeß gegen den Husaren Otto Runge und Gen., die die geheimnisvolle Tötung des Rechtsanwalts Dr. Karl Liebknecht und der Frau Rosalie Luxemburg zum Gegenstande haben.

Die beiden im Mittelpunkt dieser politisch-gerichtlichen Tragödie stehenden Persönlichkeiten haben fast zwei Jahrzehnte hindurch in der sozialdemokratischen und damit auch in der deutschen Politik eine Rolle gespielt. Was zunächst Rosa Luxemburg anlangt, so entstammte diese bekanntlich einer russisch-polnischen Judenfamilie, deren Mitglieder schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich an Verschwörungen gegen das Zarenregiment beteiligten. Die junge Rosalie Luxemburg wurde in der Folge eine Sendbotin der russischen Umsturzpartei, in deren Interesse sie ausgedehnte Reisen nach Deutschland, der Schweiz, Frankreich und England unternahm, um die Verbindung mit den dort befindlichen russischen Flüchtlingen aufrechtzuerhalten. Wie Trotzki, Lenin, Axelrod, Radek und andere russisch-jüdische Flüchtlinge war auch Rosa Luxemburg ursprünglich Nihilistin, bekannte sich jedoch, nachdem sie von der russischen Parteileitung endgültig nach Deutschland entsandt worden war, hier zunächst zu den Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie. Da die deutsche politische Polizei ihr trotzdem allerlei Schwierigkeiten machte, heiratete sie im Jahre 1902 den Arbeiterstudenten Lübeck in Berlin, um dadurch preußische Staatsangehörige zu werden. Frau Rosa Luxemburg wurde in der Folge Schriftleiterin des „Vorwärts" und später der „Leipziger Volkszeitung", hielt aber nirgends lange aus, da sie überall mit ihren überradikalen Anschauungen Anstoß erregte. Auch setzten die russischen und deutschen Gerichte sie gelegentlich längere oder kürzere Zeit fest. Zuletzt lebte sie als freie Schriftstellerin in dem Berliner Villenvorort Südende. Auf den Parteitagen der Mehrheitssozialdemokratie trat sie ständig mit heftigen Angriffen gegen den Parteivorstand hervor, und selbst mit ihrem politischen Gesinnungsgenossen Ledebour verzankte sie sich in der polnischen Frage und machte ihn zum Gespött eines Parteitages, auf dem sie ihn wegen seiner Polenfreundlichkeit „Ledebourski" taufte. Ebenso brachte sie Karl Radek für die deutsche Sozialdemokratie zur Strecke, indem sie ihm nachwies, daß er bei der Verrechnung der Gelder der polnischen Sozialistenpartei große Unterschlagungen begangen hatte. Ihr temperamentvolles Auftreten, die ironische Art, mit der sie ihre Gegner zu behandeln pflegte, ihre umfassende Bildung und Sprachenkenntnis brachten ihr bald die Gefolgschaft des jugendlichen Dr. Karl Liebknecht, des Sohnes des hervorragenden sozialistischen Parteiführers, der als eitler, oberflächlicher Streber und unerträglicher Schwätzer der Gesamtpartei längst auf die Nerven gefallen war, so daß sein und Rosa Luxemburgs Abschwenken zu den „Unabhängigen" und später zu den Kommunisten wie eine Erlösung begrüßt wurde.

Selbstverständlich konnte sich die neue deutsche Regierung das offenkundig auf ihren Sturz hinarbeitende Treiben Liebknechts und Rosa Luxemburgs nicht gefallen lassen, und als in den Straßen Berlins infolge dieses Treibens Blut zu fließen begann, wurden vor allem Liebknecht und Rosa Luxemburg in militärgerichtliche Untersuchung genommen. Die Einzelheiten ihrer Festnahme und ihre Ueberführung in das Hauptquartier des Regiments Reinhardt im Eden-Hotel am Zoologischen Garten in Berlin sind noch in frischer Erinnerung. Ebenso ist bekannt, daß bei der Abführung der beiden aus dem Hotel bisher völlig ungeklärte Vorgänge sich abgespielt haben, die schließlich zu Liebknechts Erschießung in einem abgelegenen Teil des Berliner Tiergartens führten, während Frau Rosa Luxemburg bereits beim Verlassen des Hotels durch Kolbenschläge getötet und ihre Leiche beseitigt wurde. In bezug auf Liebknecht hieß es zuerst, daß er einen Fluchtversuch unternommen habe und dabei ums Leben gekommen sei, während Frau Rosa Luxemburg von einem unbekannten, auf das Trittbrett ihres Automobils gesprungenen Manne erschossen worden und ihre Leiche dann beim Durchqueren des Tiergartens von ihren eigenen Anhängern herausgeholt und fortgeschafft worden sein sollte. Dr. Liebknecht wurde einige Tage später unter großem Zulauf seiner Anhänger zu Grabe getragen, während die Leiche Rosa Luxemburgs bis heute trotz aller Nachforschungen nicht gefunden worden ist.

Es wurde dann eine Untersuchungskommission eingesetzt, zu der auch Mitglieder des Zentralrats und des Vollzugsrats hinzugezogen wurden, die aber später ausschieden, weil die Regierung es ablehnte, die an der Tötung beteiligten Personen vor ein ordentliches Zivilgericht zu bringen und verschiedene namhaft gemachte Personen als Mittäter und Beihelfer in Haft zu nehmen. Die Untersuchung ist inzwischen vom Gericht der Gardekavallerie-Schützendivision zu Ende geführt und nunmehr Anklage erhoben worden, die kaum drei Wochen nach Festnahme des Haupttäters zur Verhandlung gelangt. Als Haupttäter, und zwar in bezug auf die Tötung der Frau Rosa Luxemburg, wird bekanntlich der Husar Otto Runge betrachtet, der sich fast unmittelbar nach der Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs von seinem Truppenteil entfernte und mehrere Monate lang unter falschem Namen in Ostpreußen herumtrieb, bis es gelang, ihn bei einer Grenzschutzkompagnie festzunehmen. Mit ihm zusammen sind wegen Mittäterschaft bezw. Beihilfe, Duldung strafbarer Handlungen, Begünstigung usw. gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches angeklagt: der Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Hartung, der Oberleutnant z. S. Heinrich Stiege, der Oberleutnant z. S. Ulrich von Rietgen, der Leutnant z. S. Bruno Schulze, der Leutnant d. R. Rudolf Liepmann, der Hauptmann Heinz von Pflugk-Hartung, der Oberleutnant Kurt Vogel und der Hauptmann der L.-I. Franz Weller. In bezug auf den Haupttäter ist inzwischen bekannt geworden, daß er infolge einer schweren Verwundung nicht ganz zurechnungsfähig sein soll. In bezug auf die übrigen Angeklagten wird angenommen, daß sie mit den Verabredungen zu den beiden Mordtaten einverstanden gewesen seien, bezw. nichts unternommen hätten, um ihren Untergebenen den von diesen gefaßten Plan wieder auszureden. Diese Untergebenen sind inzwischen entlassen worden und werden sich später vor einem Zivilgericht zu verantworten haben.

Zu der Verhandlung sind insgesamt 63 Zeugen geladen. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Jörns. Gerichtsherr ist General v. Hoffmann. Ueber die Verhandlungen, die unter besonderen Vorsichtsmaßregeln stattfinden, werden wir berichten.

*

B. Berlin, 7. Mai. Auf Veranlassung der Reichsregierung haben je ein Mitglied des Zentralrates der Republik und des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte allen Vernehmungen in der Voruntersuchung beigewohnt, ebenso ein Staatsanwalt, der auch das Fragerecht ausübte.

Handel und Verkehr.

Hallische Stadtanleihe.

Vom Bezirksausschuß in Merseburg sowie den Ministern des Innern und der Finanzen ist die Genehmigung zu einer neuen hallischen Stadtanleihe im Höchstbetrage von 42 Millionen Mark erteilt worden, von denen bis 32 Millionen Mark durch Schuldverschreibungen gedeckt werden können, die auf den Inhaber lauten. Der Magistrat will nunmehr auf Grund dieser Ermächtigungen 36 Millionen Mark begeben, und zwar sollen von dieser Gesamtsumme höchstens 30 Millionen Mark in auf den Inhaber lautenden Teilschuldverschreibungen und mindestens 6 Millionen Mark als Darlehen gegen Schuldschein begeben werden. Zu diesem Zweck wurde ein beschränkter Wettbewerb unter den Bankhäusern und Kreditanstalten ausgeschrieben, die schon bei früheren Anleihen der Stadt ihre Dienste geliehen haben. Es wird ein Angebot sowohl auf der Grundlage des 4 proz. als auch des 4½ proz. Zinsfußes gefordert. Zinstermine sind der 1. Mai und der 1. November. Die Tilgung der Schuld (bei der Obligationsanleihe durch Auslosung oder Rückkauf) beginnt 3 Jahre nach der Begebung, alsdann ist die Anleihe 7 Jahre hindurch jährlich mit 1 Proz. des Kapitals, von da ab mit 2 Proz. des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen der abgetragenen Teilschuld zu tilgen. Eine Herabsetzung des Zinsfußes durch Kündigung sowie eine Verstärkung des Tilgungsstockes über das genehmigte Maß von 2 Proz. hinaus wird für beide Formen der Schuldaufnahme bis Ende des Jahres 1929 ausgeschlossen. Die Anleihe soll an der Berliner Börse eingeführt werden. Die Einteilung der Teilschuldverschreibungsanleihe in Wertabschnitte soll so vorgenommen werden, daß auf jede Million der Anleihe 50 Stück zu 5000 M., 125 Stück zu 2000 M., 350 Stück zu 1000 M., 240 Stück zu 500 M., 110 Stück zu 200 M. und 80 Stück zu 100 M. entfallen.

Diskonto-Gesellschaft.

Als erste der sog. D-Banken legt die Diskonto-Gesellschaft ihren Jahresabschluß vor; wenn das Institut sich angesichts der Weltlage entschlossen hat, mit der Dividende um 2 Proz. herabzugehen, so geht man wohl nicht in der Annahme fehl, daß die übrigen D-Banken ihr hierin folgen dürften. Im ersten Kriegsjahre war die Diskonto-Gesellschaft mit der Dividende um 2 Proz. auf 8 Proz. zurückgegangen, dann gab es 8½ Proz., 1916 10 Proz. und schließlich 1917 11 Proz. Wenn das Institut bei einem um rund 6 Millionen M. gesteigerten Rohgewinn einen (ohne Berücksichtigung des Vortrages) um 7,4 Millionen M. hinter der Vorjahresziffer zurückbleibenden Reingewinn ausweist, so ist das ausschließlich auf die starke Steigerung der Unkosten und Steuern zurückzuführen. Durch die Konkurrenz der Sparkassen wird die Zinsmarge herabgedrückt. Auch muß man sich darüber klar sein, daß den Banken die gewaltigen Depositenbeträge, die während des Krieges die Zinsgewinne günstig beeinflußt haben, allmählich wieder entzogen werden dürften. Man wird sich unter diesen Umständen auf eine schlechtere Rentabilität der Großbanken gefaßt machen müssen. Bei Beurteilung des vorliegenden Abschlusses ist in Betracht zu ziehen, daß die Verlustmöglichkeiten in London, auf dem Balkan und in Rußland durch besonders vorsichtige Bewertung Berücksichtigung gefunden haben. In der Bilanz fallen vor allem die starken Zunahmen der fremden Gelder ins Gewicht, sie erhöhten sich um nicht weniger als 780 Millionen M., sie gehen in ihrer Gesamtzahl auf die vierte Milliarde los. Die Zunahme des Effektenbestandes um rund 20 Millionen entfällt fast ausschließlich auf einheimische Anleihen und Schatzanweisungen, die Erhöhung der Konsortialbestände auf Einzahlungen auf einige kleinere Geschäfte. Die Erhöhung der Debitoren um 220 Millionen M. beweist die stattliche Ausdehnung des Geschäftes; hervorzuheben ist, daß besonders die gedeckten Debitoren eine Zunahme erfahren haben. Die starke Zunahme der Avale hängt in der Hauptsache mit der Verschlechterung der Markvaluta zusammen. Die Liquidität hat sich im Zusammenhange mit der gewaltigen Zunahme der fremden Gelder etwas verschlechtert, die sofort greifbaren Mittel einschließlich der Reports decken 87½ Proz. der Verbindlichkeiten gegen 90 Proz. im Vorjahre.

---

* **Die Berliner Börse bekundete** gestern bei stillem Geschäft und ausgesprochener Zurückhaltung anfangs auf einigen Marktgebieten, wie Schiffahrtsaktien und Montanwerten, Widerstandskraft, dann aber erlahmte diese, als anfangs im Zusammenhang mit der heute erfolgenden Bekanntgabe der Friedensbedingungen Ware an den Markt kam, die bei geringer Aufnahmelust nur zu weichenden Kursen Aufnahme fand. Bei Schiffahrtsaktien betrugen die Einbußen bis 2, bei Montanwerten vereinzelt bis 4 Prozent, mit Ausnahme von Rombacher und Lothringer Hüttenaktien, die ihren Kursstand gut behaupteten, und für die übrigen Werte bis 5 Prozent. Ausländische Aktienwerte waren im Kurse gleichfalls rückläufig im Zusammenhang mit der weiteren Besserung der deutschen Valuta im Auslande. Kriegsanleihen 84,40, alte heimische Anleihen fest, österreichische und ungarische wenig verändert. Einheitskurs-Industriewerte sind matt. Die Börse schloß allgemein zu leicht gebesserten Kursen. Stärker erholt waren Petroleum-Aktien. — Devisenkurse: Holland 445 G., 445½ B., Dänemark 280 G., 280½ B., Schweden 304 G., 304½ B., Norwegen 292 G., 292½ B., Schweiz 227 G., 227½ B., Oesterreich 46,95 G., 47,05 B., Ungarn, Bulgarien und Konstantinopel unverändert, Spanien 205 G., 206 B.

* **Deutsche Valuta im Ausland.** Wien am 5. Mai: 203,85 (am 3. Mai: 201,85) G., 204,15 (202,15) B.; Kopenhagen am 5. Mai: 36,75 (am 3. Mai: 36,25); Stockholm am 5. Mai: 34,00 (am 3. Mai: 34,00).

* **Berliner Produktenbericht.** Das Geschäft ist außerordentlich still. Das Saatgeschäft ist infolge der vorgerückten Zeit so gut wie zu Ende. Seradella steht noch reichlich zur Verfügung, doch sind die Preise etwas steifer geworden und bewegen sich um 62 Mark herum. Vereinzelt zeigt sich Bedarf für Spörgel und Lupinen. Im Rübengeschäft ist es sehr still. Rauhfutter bleibt außerordentlich knapp. Wegen der dringlichen Feldarbeiten finden die Landwirte zu größeren Verladungen in Heu keine Zeit.

* Die Erhöhung der Ruhrkohlenpreise um 20 M. die Tonne ab 1. Mai wird auf die Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse keinen Einfluß haben, da bei den für Mai und Juni festgesetzten Eisen- und Stahlpreisen die jetzt eingetretene Brennstoffverteuerung bereits berücksichtigt war. Lediglich die Roheisenpreise werden wieder um den Betrag heraufgesetzt, um den die Erhöhung der Kokspreise die Roheisenpreise verteuert. Nachdem der Roheisenverband im vorigen Monat die vom Kohlensyndikat beschlossene Kohlenpreiserhöhung nicht genehmigte, wurden die Roheisenpreise entsprechend herabgesetzt.

* Der Deutsche [illegible] hat im Zusammenhang mit der allgemeinen mit Eisenwerken vorgenommenen neuen Preisregulierung die Verkaufspreise für Eisenbahnschienen um 110 M., für Schwellen um 130 M. und für Laschen um 140 M. pro Tonne erhöht, und zwar mit sofortiger Gültigkeit. Die Preise für Kleineisenbahnmaterial und Eisenbahnbedarf sind im entsprechenden Umfange heraufgesetzt worden.

* **Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Akt.-Ges.** Die Generalversammlung genehmigte die Jahresrechnung für 1918 und setzte die Dividende auf wiederum zwölf Prozent fest. Die Verwaltung hat, wie der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Arnhold, ausführte, schon während des Krieges darauf gehalten, daß die Nachfrage der Abnehmer von Friedensartikeln in erster Linie befriedigt werde, und dies mache sich jetzt gut bezahlt. An Eingängen von neuen Aufträgen fehle es nicht. Wenn, wie er mit der größten Zuversicht hoffe, in der Welt und bei dem starken deutschen Volke bald die Freude an schaffender Arbeit wiederkehrt, wird auch die Entwicklung des Wirtschaftslebens im allgemeinen und die des Unternehmens im besonderen wieder eine zufriedenstellende werden.

* **Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei.** Nach Abzug der Unkosten und nach Abschreibungen von 1,59 (i. V. 2,45) Millionen M. blieben 2,55 (3,41) Millionen M. Reingewinn. Die Dividende beträgt 10 (12) Prozent. Die österreichischen Unternehmen schlossen wieder mit Verlust ab.

* **Kein Konkurs beim Bochumer Bergwerk.** Die Bergwerks-Gesellschaft schloß mit einem schweizerischen Finanzkonsortium unter Bürgschaft des Stahlwerkes Becker, Akt.-Ges. in Willich, als der Hauptaktionärin, ein großes Darlehnsabkommen in Höhe von etwa 3 Millionen M. ab, wodurch das Unternehmen weitere Betriebsmittel erhält. Die Wiederaufhebung des Konkursverfahrens ist infolgedessen in die Wege geleitet worden.

* **Heinrich Lapp, A.-G. für Tiefbohrungen in Aschersleben.** Die Generalversammlung genehmigte die Sanierungsvorschläge der Verwaltung, wonach das Aktienkapital herabgesetzt und auf 100 000 M. wieder erhöht wird.

* **Maschinen- und Werkzeugfabrik Akt.-Ges. vorm. Aug. Paschen in Cöthen.** Der Aufsichtsrat schlägt für das Geschäftsjahr 1918 eine Dividende von 15 Proz. (wie i. V.) vor.

* **Schwarzburgische Landesbank in Sondershausen.** Der Reingewinn einschl. des Vortrags beträgt 192 645 Mark (209 355). Davon sollen u. a. wieder 6 Proz. Dividende verteilt und 50 654 M. (40 098) neu vorgetragen werden.

Aus der Umgebung.

Unruhen in Halberstadt.

Halberstadt, 6. Mai. (Die Regierungstruppen) hielten gestern vormittag hier ihren Einzug, ohne belästigt zu werden. Dagegen wurden einzelne Offiziere und Mannschaften, die sich am Nachmittag in der Stadt ergingen, angegriffen, so daß Aufläufe und schließlich größere Unruhen die Folge waren. Es kam vor Königs Hotel schließlich dahin, daß ein Offizier zur Abwehr gegen die nachdrängende Volksmenge den Revolver zog und, als ein Matrose auf ihn eindrang, etwa aus zwei Schritt Entfernung einen Schreckschuß nach unten aufs Straßenpflaster abgab. Darauf fiel die Menge über ihn und seinen inzwischen von ihm getrennten Kameraden her und mißhandelte beide in der gröblichsten Weise. Schließlich ließ aber die Menge von ihren Opfern ab und zerstreute sich, während es den blutig geschlagenen Offizieren gelang, sich in die Häuser zu flüchten, aus denen sie von den inzwischen alarmierten Kameraden befreit wurden. Der Matrose wurde von Mannschaften auf dem Breiteweg ereilt, übel zugerichtet und dann mitgenommen. Auf dem Fischmarkt war am Kandelaber ein Lastauto aufgefahren, das Mannschaften mit Gewehren und Maschinengewehren besetzt hatten; aber glücklicherweise kam es zu keinen blutigen Zusammenstößen. Vielfach sah man Gefangene mit über dem Kopfe zusammengehaltenen Händen abführen. Gegen Abend wurden Maschinengewehre angefahren, aber es blieb alles ruhig. Die Arbeiterschaft ist infolge der gestrigen Vorgänge heute teilweise in einen Proteststreik eingetreten. Das Wasserwerk arbeitet. Die Gasanstalt arbeitet nach einem mehrstündigen Streik seit heute mittag wieder. Die Straßenbahner tun keinen Dienst und wollen das Ergebnis der im „Odeum" stattfindenden Versammlung abwarten, der Betrieb zur Abgabe von Licht und Kraft wird jedoch im Elektrizitätswerk aufrecht erhalten. Die Eisenbahner haben eine Abordnung mittels Sonderzuges nach Magdeburg geschickt, um dort vorstellig zu werden.

* **Oberröblingen**, 5. Mai. (Bei der gestrigen Wahl) eines Kreistags-Abgeordneten wurde der Zimmermeister A. Wahlmann von der Gemeindevertretung gewählt.

* **Torgau**, 6. Mai. (Speicherbrand.) Hier brannte ein großer Speicher des Kornhauses vollkommen nieder, wobei etwa 8000 Zentner Getreide vernichtet wurden. Der Brand ist vermutlich durch Selbstentzündung einer Elevatorstelle entstanden.

* **Aschersleben**, 6. Mai. (Bürgermeister Dr. Eichler) wurde vom Minister des Innern vertretungsweise mit der Verwaltung des Landratsamtes Kottbus beauftragt. Er ist im April 1911 in Aschersleben zunächst zum Magistratsassessor und zwei Jahre später zum Zweiten Bürgermeister gewählt worden.

* **Eilenburg**, 6. Mai. (Die gestohlene Brieftasche.) Dem Pferdehändler Friedrich Weise wurde am 25. April in einer hiesigen Wirtschaft eine Brieftasche mit etwa 13 000 M. gestohlen. Die Spur führte nach Halle; als Täter wurde der Kriegsbeschädigte, Soldat Paul Wölfel und dessen Braut Martha Just dort festgenommen. Von dem entwendeten Gelde wurden noch 4600 M. in bar vorgefunden, fernerhin für 1700 M. Wertgegenstände sowie Bekleidungsstücke. Der Beschuldigte wurde dem Gericht der 8. Division zugeführt.

* **Nordhausen**, 6. Mai. (Die Harzquerbahn) hat den Verkehr von heute an wieder aufgenommen.

* **Zeitz**, 6. Mai. (Zur Linderung der Wohnungsnot) hat der hiesige Bauverein, e. G. m. H., mit der Errichtung von 40 Einfamilienhäusern begonnen. Wenn auch die Beschaffung der Baumaterialien große Schwierigkeiten bereitet, so ist doch damit zu rechnen, daß die [illegible] Häuser im Oktober bezogen werden können. Die Entwürfe sind von den Architekten Frede in Halle (Saale) angefertigt.

* **Bernburg**, 6. Mai. (Eine widerspenstige Freiwilligenkompagnie.) Hier war unter Führung des Hauptmanns Maurer eine Freiwilligenkompagnie der Hallischen 36er, deren 3. Bataillon früher hier in Garnison lag, aufgestellt worden. Der Zahl nach war sie zunächst allerdings noch sehr schwach. Ein Teil der Mannschaften sollte dieser Tage nach Magdeburg fahren, um Waffen zu verladen. Die Leute weigerten sich aber sämtlich, an dieser Fahrt teilzunehmen, und wurden rebellisch. Die Folge war, daß sofort die Auflösung der Kompagnie verfügt wurde, die freilich erst nach 14 Tagen wirksam wird, da die Leute mit 14tägiger Frist gekündigt werden müssen.

Sport-Nachrichten.

Pferdesport.

* Der Verein für Hindernisrennen feiert am 9. Mai d. Js. das 25jährige Bestehen seiner Rennbahn in Karlshorst. Das Festprogramm enthält als Mittelpunkt das mit verschiedenen Ehrenpreisen und 40 000 M. ausgestattete Jubiläums-Jagdrennen, für das ein Dutzend der besten Hindernispferde am Start zu erwarten sind. Da sich Lorbas, der Heros der deutschen Steepler, unter den Bewerbern befindet, muß man ihm trotz des hohen Gewichts die ersten Aussichten eröffnen, wenngleich so erprobte Pferde wie Lüttich und Alerich, das Paar des Stalles Bollensdorf, ferner Savoyard, Rosendaal und Carlsminde ihm das Leben nicht leicht machen werden. Auch der Doppelsieger Wellenbrecher, sowie sein Stallgefährte Dirigent sind sehr zu beachten, doch ist zu bedenken, daß beide sich bislang nur über leichte Sprünge versuchten, während es jetzt über die schwere Orcadianbahn geht. Im Preis von Jürgensee, einem Herren-Jagdrennen, könnte der kürzlich gut gelaufene Sattelfest einen Erfolg gegen Fachinger und Rike feiern. Im übrigen verweisen wir auf unsere Voraussagen: 1. R. Zemira : Taraniol; 2. R. Sattelfest : Fachinger; 3. R. Meljanz : Schneeball; 4. R. Moretto : Hagelschlag; 5. R. Lorbas : Stall Rollensdorf; 6. R. Aaiadne gegen Wall; 7. R. Estolla : Mantel.

Radsport.

* Der Große Straßenpreis, vor dem Kriege das bedeutendste deutsche Straßenradrennen der Allgemeinen Radfahrerunion und später „Hindenburg-Pokal" benannt, soll in diesem Jahre, und zwar am Sonntag, den 1. Juni, neu erstehen. Das 240 Kilometer lange Rennen führt von Hannover über Celle, quer durch die Lüneburger Heide, bis nach Nienburg an der Weser und wieder zurück nach Hannover. Teilnahmeberechtigt sind Herren- und Berufsfahrer auf Gummi- und Ersatzbereifung.

* Die Berliner Olympia-Radrennbahn, die nach vierjähriger Ruhezeit aus einer Holzbahn in eine moderne Zementbahn umgewandelt wurde, öffnet am nächsten Sonntag, unter Leitung des neuen Besitzers W. Lücke, wieder ihre Tore. An den drei Dauerrennen des ersten Tages nehmen Stellbrink, Nettelbeck, Lewanow und Pawke teil, während in den Fliegerrennen u. a. Rütt, Arend, Schrage, Tadewald und wahrscheinlich auch Lorenz an den Start kommen werden.

* Die Grunewald-Rennbahn hatte am Sonntag bezüglich der Eintrittsgelder mit rund 220 000 M. einen neuen Rekord aufgestellt. Der Toto-Umsatz blieb mit 4 404 000 M. jedoch um etwa 1 200 000 M. hinter dem Rekordumsatz am 18. August v. Js. zurück.

Fußballsport.

Sportverein Borussia sendet am kommenden Sonntag seine 1. Mannschaft nach Berlin, um dort gegen den F. C. Stern 1900 ein Spiel auszutragen. Borussia wird zu diesem Spiel seine zurzeit stärkste Elf herausbringen und alles versuchen, um die Farben Halles in der Reichshauptstadt erfolgreich zu vertreten. Es spielen: Böhme I, Stutzinger, Wolter, Wolf, Otto, Böhme II, Schönfeld, Jürgens, Leischke, Meißner, Mittler. Abfahrt am Sonnabend, nachts 1 Uhr 5 Min. Treffpunkt 12 Uhr 45 Min. am Eingang des Hauptbahnhofes.

Turnen.

Die Schüler- und Knabenabteilung des Allg. Hall. Turnvereins, e. V., beginnt am Freitag, den 9. Mai, abends 6 Uhr in der Turnhalle Roßplatz unter Leitung des staatl. gepr. Turnwarts W. Klinz, ihre regelmäßigen Turnstunden. Alle turnfreudigen Schüler, sowie ehemalige Angehörige der Abteilungen werden ersucht, sich zu den Uebungsstunden zahlreich einzufinden.

* **Der Arbeiter-Turnerbund** hält seinen 12. Bundesturntag Pfingsten 1919 in Leipzig ab, während das Bundeswetturnsturnen erst am 31. August stattfindet. Die Verhandlungen bringen u. a. die Taktik des Bundes, neue Wege für Turnen, Sport und Spiel und Neuordnung des Bundes.

Leichtathletik.

* **Der Fünfkampf um den Preußischen Staatspreis** gelangt am 29. Mai beim Sportfest des Berliner Sportklubs zum 6. Male zur Entscheidung. Die bisherigen Gewinner sind: Weicker, Schütz, Abraham, Fleiter, Mandel und Baaske.

Verschiedenes.

* **Ein Stadion in Breslau.** Die Verhandlungen in Breslau, betreffend Anlage einer großzügigen Sportfeststätte, sind jetzt zum Abschluß gelangt. Auch in Düsseldorf, Karlsruhe, Hannover und Leipzig plant man die Errichtung eines Stadions.

Bücher und Zeitschriften.

* Die Programme der politischen Parteien in Deutschland nach dem Kriege. 4. umgearbeitete Auflage. Die neue Auflage berücksichtigt die Verhältnisse nach dem Kriege.

* Die Geisteskrankheit Kaiser Wilhelms II.? Eine Erwiderung von Dr. med. Franz Kleinschrod. Verlag von Karl Neuwihler, Wörishofen. Eine Gegenschrift des Münchener Psychiaters gegen Dr. Tesdorpfs ungeheure Behauptung, daß der Kaiser von Jugend auf geisteskrank sei.

* Der Kampf gegen die Volkskrankheiten. Heilung der Zuckerkrankheit, Lungentuberkulose und Gicht durch die Wirkung von Schwefel und Eisen in den Thermalwässern, als Sauerstoffüberträger, von Kuno Stommel, Dr. phil. Selbstverlag, Düsseldorf.

Alle hier besprochenen Bücher sind zu haben in der Buchhandlung von Albert Neubert, Halle, Poststr. 11.

Unter den vielen Mitteln, die bei Rheumatismus, Gicht (Podagra), schlechter und fehlerhafter Blutbeschaffenheit, Blutarmut, Bleichsucht, Nervosität angewendet werden, sind die natürlichen Heilwässer seit Jahrhunderten geschätzt. Auch besonders die neueren Forschungen der Wissenschaft haben das Ergebnis hervorgebracht, daß den natürlichen Mineralwässern unbedingt eine hervorragende Stelle einzuräumen ist. Diese Erkenntnis hat sich erklärlicherweise auch auf die breite Masse des Publikums übertragen, wo man sich heute darüber einig ist, daß durch den Genuß der von der Natur dargebotenen Quellen die besten Erfolge herbeigeführt werden. Unter den Mineralwässern ist besonders der Lauchstädter Brunnen zu empfehlen. Der Brunnen ist kein neues Präparat, dessen Wirkung noch nicht ausprobiert ist, vielmehr stützen sich die mit ihm erzielten Erfolge auf eine mehr als 200jährige Erfahrung. Der Lauchstädter Brunnen hat den Vorzug, daß er angenehm und erfrischend schmeckt und im eigenen Heim ohne Rücksicht auf Beruf oder Geschäft getrunken werden kann. Man braucht keine teure Badereise zu machen, wenn man zu Hause mit der Familie frühmorgens, mittags und abends einige Gläser Brunnen trinkt.

Lauchstädter Brunnen ist in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen. Man hüte sich vor Nachahmungen und verlange nur den echten „Lauchstädter Brunnen".

Haupt-Niederlage in Halle: (Hb. 124)

Helmbold & Comp.

Drogen- und Mineralbrunnenhandlung.

Leipzigerstraße Nr. 104. Fernsprecher Nr. 6094.

— Lieferungen erfolgen frei Haus. —

Druck und Verlag: Hallische Nachrichten Verlag von Gebrüder Huch. Verantwortliche Redakteure: Chefredakteur Konrad Pohl (Politik und Feuilleton), Walter Britting (Stadt-Zeitung, Gerichtssaal u. Umgebung), Ernst Werner (Allgemeiner Teil und Handel), Hermann Brandes (Briefkasten und Sport), Walter Pfennigdorf (Anzeigen) sämtlich in Halle. — Sprechstunde [illegible]

? Lesen Sie schon die Hallische Morgen-Zeitung ?

Wenn nicht, so bestellen Sie für den Monat Mai einen Probebezug zum Preise von 40 Pfg. frei ins Haus. Die bereits erschienenen Nummern des Romans „Seegespenster" von Anny Wothe werden auf Verlangen frei nachgeliefert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19190507018/fragment/page=0003

Feindliche bolschewistische Horden bedrohen unser Vaterland!

Ihr alle kennt die Gefahr des Bolschewismus, der seinen Weg durch Raub, Mord und Brand kennzeichnet. Schon steht eine Wacht treuer deutscher Männer im Osten, aber unsere Linien sind noch schwach und bedürfen dringend der Verstärkung. **Drum heraus an die Ostfront zum Schutze des Vaterlandes.**
Freiwillige aller Waffengattungen! Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften meldet Euch

zum Oberkommando Nord an die Ostfront

zur Verwendung außerhalb der Reichsgrenze. — Im besonderen werden dringend benötigt: **An Offizieren:** Nachrichtenoffiziere, welche die polnische und russische Sprache beherrschen. **An Unteroffizieren und Mannschaften:** M.-G.-Schützen und ausgebildete leichte Minenwerfer sowie Richtkanoniere und Fahrer für Artillerie.
Neben Abzeichen werden auch weitere Auszeichnungen verliehen.

Bedingungen: **Strenge Disziplin. Mobile Löhnung** bei freier Unterkunft und guter Verpflegung. Tägliche **Zulagen:** Außer den 5.00 Mark noch 4.00 Mark, da außerhalb der Reichsgrenze, zusammen also 9.00 Mark täglich. Probedienstzeit und Kündigung wie üblich. **Militärpapiere** sind mitzubringen, auch möglichst Entlassungsanzug, für welchen Bezahlung erfolgt.

Meldung bei Hauptwerbestelle O. K. Nord in Magdeburg, Baracke E am Eudenburger Tor, bei der Werbestelle O. K. Nord in Halle a. d. S., Petzolds Restaurant, Charlottenstraße 19 und bei allen Bezirks- bezw. Garnison-Kommandos

Auf deutsche Männer
schützt das Vaterland in der Zeit der ernstesten Gefahr.

Gr. 149

Werbestelle
Freiw. Landesjägerkorps

Halle S., Leipzigerstraße 13, Hinterhaus, 1. Et. stellt gediente Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge ein. 1851

Außerdem Ungediente, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,56 groß, 80 cm Brustumfang haben. Mündliche und schriftliche Auskunft daselbst.

Gicht u. Rheumatismus
unsendlich gelobt, schnellste Hilfe durch
Ekal Rheuma-Tabletten
Schachtel 3.50 Mark.
Ferner für **Unterernährte u. Schwache,** schnelle Gewichtszunahme durch
Ekal Kraftpillen
Schachtel 5 Mark. ex17
Alleiniger Versand durch
Apothek. Cassirer, Berlin 31, W. 30, Babelsbergerstr. 11.

„Ideal"
Stiefelblöcke in all. Größen wieder vorrätig.
Kürzeren tauschte ich ebenfalls
Schuhmacher-Bedarfsartikel, wie **Schnürsenkel**
in bekannter reeller Qualität.
Wiederverkäufer kaufen jetzt preiswert
Firma C. Kühme,
Halle, Gr. Märkerstraße 24.

Ziehung 6. Mai — Ziehung 13. Mai
Rote Kreuz Los 3.30 — Deutschland Spende
5 Lose mit Porto u. Liste ℳ 16.50 — **Los 3.30** Porto u. Liste ℳ 45 ₰ extra

100000 75000
50000 30000
30000 20000

R. Eulenberg jr. Lotteriebank, Elberfeld N 16.

Richard Bärwinkel, Halle a. S.,
Telephon 1740. Magdeburgerstr. 65.
Elektr. Licht-, Kraft- und Klingelanlagen.
Vorteilhafteste Bezugsquelle aller Artikel für Bau und Elektrisch. (1142
Reparaturen sofort sachgemäß und billig.

Fr. Altmann, Maler,
Delitzscherstraße 85.
Malerarbeiten jeder Art.
Möbl. Zimmermalerei u. Firmenschreiberei.
Auf Wunsch Gerüsten und Kostenanschläge.

Aufruf.
Die Sanitäts-Abteilung 4
nimmt zur Aufstellung einer ma709
Freiwillig. Sanitäts-Abteilung
bestehend aus Sanitätsmannschaften, Militär-Krankenwärtern und Krankenträgern,
moralisch einwandfreie Freiwillige an.

Gewerber, die das 17. Lebensjahr vollendet haben richten ihre Meldung unter Beifügung ihrer Militärpapiere und polizeilichen Führungszeugnis an die
Freiwilligen Sanitätsabteilung 4, Magdeburg-Cavalier 6.

Erstmalig, Verpflichtung auf 3 bezw. 6 Monate. Mobile Löhnung nach Dienstgraden. Eine Reichswehrzulage von täglich 3 Mark. Kampfzulage von täglich 2 Mark, nach den gegebenen Bestimmungen, ebenso Handhabung der Disziplin, Vertrauensleute usw.

Radfahrer!
Ventil-Gummi Gummilösung
in prima Ware! f218
H. BIEDER
nur Gr. Steinstraße 35
Gummi-Laden.

Damenbinden!
noch prima Ware!
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstr. 41.

Damenrad wird angekauft. Borstenhüte wie neu bezogen. Merseburgerstraße 5, II. l.

Für Rechnung der Heeresverwaltung eingelagertes
Weißkohlsauerkraut
in großen Mengen abzugeben von den Lägern der Reichsstelle für Gemüse und Obst in:
Hamburg (Lagerhalter Wilh. Richard Krohn, Altona-Ottensen).
Geesthacht und Nordenham (Lagerhalter Mühlgaard. Aktiengesellschaft Geesthacht).
Bremen (Lagerhalter Lehmann & Co., Bremen).
Magdeburg (Lagerhalter Perdin. Bohnenstiel Nachf., Magdeburg).
Leipzig (Lagerhalter P. Nöbner, Leipzig-Volkmarsdorf).
Lienen (Lagerhalter Erich Nitsch, Lienen, Kr. Tecklenburg).
Tantow (Lagerhalter Ferdinand Krowe, G. m. b. H., Tantow).
Thorn (Lagerhalter S. Kusnitzky & Co., Thorn).
Kammin (Lagerhalter C. M. Herth, Stettin, Kr. Kammin).
Duisburg (Lagerhalter Zentraleinkaufsgesellschaft, Duisburg, Börsenhaus).
Interessenten werden gebeten, das Sauerkraut auf den genannten Lägern zu besichtigen und Gebote unter Angabe der gewünschten Mengen an die unterzeichnete Abteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst abzugeben. Die Verladepässe werden in gutem Zustande bei frachtfreier Rückfuhr unter Kürzung einer Frachtpauschale von 10 ℳ je Zug und Monat zum berechneten Werte zurückgenommen.
Reichsstelle für Gemüse und Obst. (Geschäftsabteilung.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Abteilung Sauerkraut.
Telegrammadresse: Kriegskraut, Berlin SW. 57, Potsdamerstr. 24.

Geheimschränke
zum Einmauern, feuer- u. diebessicher, Stück 70 und 90 Mark, liefert (a2240
Bude, Artenaria,
Brühlbeestraße 6.

Baugenossenschaft Gartenstadt Trotha.
Eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht in Halle (Saale).

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.		Passiva.	
Bankguthaben	4928.70	Geschäftsguthaben der Mitglieder	59441.86
Ausstehende Forderungen:		Reservefonds	414.28
Rückständige Garten-miete	340.30	Bauerneuerungs- u. Tilgungsfonds	450.77
Wert des Grundstückes	58838.53	Schulden:	
		Vorausbezahlte Gartenmiete	817.42
		Nicht abgehobene Dividende f. 1917	25.00
		Reingewinn	2940.07
Sa.	63907.53	Sa.	63907.53

Mitgliederbewegung:

Stand am Anfang d. Geschäftsjahres 1918		19 Mitgl.
Zugang im Laufe	„	3 Mitgl.
Abgang „	„	— Mitgl.
Stand am Ende	„	22 Mitgl.

Gesamtbetrag der Geschäftsguthaben.

Stand am Anfang d. Geschäftsjahr. 1918		44448.48 M.
Zugang im Laufe	„	14993.38 M.
Abgang „	„	— M.
Stand am Ende	„	59441.86 M.

Gesamtbetrag der Haftsumme.

Stand am Anfang d. Geschäftsjahr. 1918		49100.00 M.
Zugang im Laufe	„	14600.00 M.
Abgang „	„	— M.
Stand am Ende	„	63700.00 M.

Der Vorstand.
Kümmer, Meusch, Roecke.

Kaufe nur Donnerstag den 8. Mai,
von 10 bis 6 Uhr. [*
zu sehr hohen Preisen
alte Gebisse
in Tauschzahl, Gold und Platin im
Hotel Stadt Berlin, Leipzigerstr. 45, I.
G. Lindner.

Zigaretten
reine Ware, gibt ab **Gimpel, Restaurant.**
Große Steinstraße 67.

Bund deutscher Männer u. Frauen zum Schutze der persönl. Freiheit u. des Lebens Wilhelms II.

Vollständig unpolitisch! Nur rein menschlich!

Deutsche Bürger und Bürgerinnen! Tretet für den ehemaligen deutschen Kaiser ein, dem Ihr 26 Friedensjahre zu verdanken gehabt habt, und der noch in letzter Stunde den Krieg verhindern wollte. Durch eine an Stumpfsinn grenzende Gleichgültigkeit ist in letzter Zeit viel gesündigt worden! Begreift, dass die Ehre des deutschen Volkes besudelt wird, wenn Euer ehemaliger Landesvater, nur um die Rachegier belogener Völker zu befriedigen, zum Gespött der Welt vor einen Richterstuhl gezerrt wird. (x2674

Obiger Bund will dem deutschen Volke die durch die Auslieferung bedingte neue Schmach ersparen! Wer mit dazu beitragen will, trage sich in die Mitgliederlisten ein, die u. a. an folgenden Stellen ausliegen: **Niemeyers Buchhandlung,** Grosse Steinstrasse 77, **Engel-Apotheke,** Kleinschmieden, Herrn Juwelier **Tittel,** Schmeerstrasse 12 Herrn Mechaniker **Manzel,** Bertüsserstrasse 4, Herrn **C. Puppendick,** Rannischestrasse 10, Herrn **Karl Pritschow,** Bernburgerstrasse 28.

Einmaliger Beitrag eine Mark.

Im Auftrage der Zentralstelle Görlitz Lic. Eberhard Baumann, Bomprediger.